



ulm university universität
uulm



Standortfaktor Universität

Resümee der Jahrestagung 2014 der
deutschen Universitätskanzlerinnen und -kanzler

**Beilage zur duz – DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG,
19. Dezember 2014.
Das duz SPECIAL erscheint im RAABE
Fachverlag für Wissenschaftsinformation (Klett-Gruppe).**

Herausgeber dieser Ausgabe:

Albert Berger, Bundessprecher der Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands
c/o Technische Universität München
Arcisstraße 21
80333 München
www.uni-kanzler.de

Projektverantwortliche:

Dieter Kaufmann, Kanzler der Universität Ulm
Kathrin Häckert, Referentin des Kanzlers der Universität Ulm
kathrin.haekert@uni-ulm.de
www.uni-ulm.de

Konzeption und Redaktion:

Kathrin Häckert
in Zusammenarbeit mit dem RAABE Fachverlag
für Wissenschaftsinformation, Berlin
Corporate Publishing-Redaktion
Angelika Fritsche, a.fritsche@raabe.de
Veronika Renkes, v.renkes@raabe.de
www.redaktion-recherche.de

Gestaltung und Satz:

axeptDESIGN, Berlin, www.axeptdesign.de

Fotos:

Titel: Universität Ulm ©Arnim Schindler | Elvira Eberhardt, Universität
Ulm: S. 2–3, S. 6–7; S.13 | Facesbyfrank, Wissenschaftsrat: S. 5 | Daniel
Obradovic, Universität Kiel: S. 10 | Stephan Tschechne, Universität Ulm:
S. 11

Korrektorat:

Dr. Susanne Fuß, Köln

Druck:

KESSLER Druck + Medien GmbH & Co. KG, Bobingen

Verlag:

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin
Tel.: (030) 21 29 87-0, Fax: (030) 21 29 87-20
www.raabe.de, www.duz.de

Dr. Wolfgang Heuser (Verlagsleitung)

w.heuser@raabe.de

Michaela Thele (Koordination und Marketing)

m.thele@raabe.de

Redaktionsschluss:

Dezember 2014

© Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH



Kanzlerjahrestagung 2014 in Ulm: Podiumsdiskussion zum Thema „Standortfaktor Universität“

INHALT

Grußwort

3 Universitäten sind weit mehr wert als ökonomische Wertschöpfung

| Von Albert Berger und Dieter Kaufmann

Zur Diskussion

4 „Eine Universität ist kein Selbstzweck“

| Interview mit Prof. Dr. Manfred Prenzel, Wissenschaftsrat

Standortfaktor Universität

6 „Die Facetten einer scheinbar rein ökonomischen Fragestellung“

| Podiumsdiskussion zur Kanzlerjahrestagung

Standortbestimmung

8 Der „Wert“ einer Universität

| Aus der Sicht der Universitätskanzlerinnen und -kanzler

Einblick Universität

10 Begehbare Schaufenster

| Porträt der Universität Kiel von Martin Geist

11 Wissen schafft Zukunft

| Porträt der Universität Ulm von Kathrin Häckert

Wir über uns

12 Plattform für den kollegialen Austausch

| Kurzprofil über die Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands

14 Weltweit geachtet

| Überblick über die staatlichen Universitäten in Deutschland

16 Veranstaltungsvorschau 2015

Universitäten sind weit mehr wert als ökonomische Wertschöpfung

Liebe Leserinnen und Leser,

Wertschöpfungsgutachten zu Universitäten sind in aller Munde. In der Öffentlichkeit werden Publikationen zum ökonomischen Wert der Universitäten oft diskutiert und immer schwingt die Forderung mit, dass Universitäten mehr Gelder in die öffentlichen Kassen „spülen“ (sollen), als in den Hochschulbereich gegeben werden. In Zeiten der Schuldenbremse werden Hochschulen häufig lediglich als Kostenverursacher gesehen. Sie stehen dabei unter dem Druck, handlungsstarke Einrichtungen zu sein, die nicht nur Lehre für viele Studierende und Forschung auf höchstem Niveau sowie technologischen Fortschritt versprechen, sondern auch Wertschöpfung für die Regionen schaffen. Die Kanzlerinnen und Kanzler der deutschen Hochschulen haben sich daher zur diesjährigen Kanzlerjahrestagung der Fragestellung nach dem Umgang der Universitäten mit der Legitimationsanforderung „Wirtschaftsfaktor Hochschule“ angenommen, um zu diskutieren und den Blick auf das Thema zu schärfen.

Da die Kanzlerinnen und Kanzler als „Spitzen der Hochschulverwaltung und Beauftragte für den Haushalt“ die Ressourcen der Universität verantwortlich managen, könnte man einerseits davon ausgehen, dass diese Wertschöpfungsgutachten ganz hervorragend in ihre Argumentationsmuster passen. Doch das Spannungsfeld, in dem die Kanzlerinnen und Kanzler tagtäglich agieren, ist andererseits sehr viel breiter angelegt – und das zeigte sich auch bei der Auswahl der Rednerinnen und Redner sowie der Themen der 2014er-Jahrestagung.

Prof. Dr. Manfred Prenzel, Vorsitzender des Wissenschaftsrats, eröffnete die Jahrestagung mit einem Grundsatzreferat und sprach über regionale Verbünde als hochschulpolitische Perspektive. Prof. Dr. Torben Schubert (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI)) stellte die wohl am prominentesten diskutierte Studie: „Hochschulen als regionaler Wirtschaftsfaktor“ vor und verwies auf „harte Fakten“. Prof. Dr. Peer Pasternack (Institut für Hochschulforschung (HoF)) stellte die Relevanz der Geistes- und Sozialwissenschaften heraus. Die Frage, warum einige Universitäten mehr exzellente Wissenschaftler hervorbringen als andere, beantwortete Prof. Dr. Peter Meusburger (Universität Heidelberg) durch das Aufzeigen von Forschungsmilieus.

Bei der Podiumsdiskussion „Wirtschaftsfaktor Hochschule – wenn der ökonomische Erfolg zum Zwang wird“ waren sich die Diskutanten in einem Punkt einig: Konkrete Zahlen sind für die Argumentation gegenüber Politikerinnen und Politikern wichtig, aber nicht hinreichend. Hochschulen sollten selbstbewusst darstellen, was sie leisten. Die starke Fokussierung der Universitäten auf ökonomische Wertschöpfung birgt allerdings Risiken. Und zwar immer dann, wenn seitens der Politik zwar ökonomisch argumentiert wird, aber die erbrachten ökonomischen Nachweise der Universitäten kein Gehör finden. Die Legitimation der Universitäten über die rein ökonomischen Faktoren sind deshalb weder ausreichend gegenüber der Politik noch bilden sie die Breite des gesellschaftlichen Nutzens von Universitäten ab.

Mit dem vorliegenden duz SPECIAL wollen wir eine breitgefächerte Diskussion zur Bestimmung des Standortes von Universitäten anstoßen und Argumente finden, die über das Zitieren der meist rein ökonomischen Gutachten hinausgeht.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre



Albert Berger



Dieter Kaufmann



Albert Berger
Kanzler der Technischen
Universität München (TUM),
Bundessprecher der
Kanzlerinnen und Kanzler
der Universitäten Deutschlands



Dieter Kaufmann
Kanzler der Universität Ulm

» Eine Universität ist kein Selbstzweck «

Universitäten agieren nicht im luftleeren Raum. Vielmehr sind sie aufgefordert, sich den gesellschaftlichen Erwartungen zu stellen. Warum die Universitäten gut beraten sind, ihre Leistungen regelmäßig zu prüfen und öffentlich sichtbar(er) zu machen erläutert Prof. Dr. Manfred Prenzel. | Interview: Veronika Renkes

Die Universitäten sollen zunehmend Rechenschaft über ihre Wertschöpfung ablegen. Geht diese Forderung nicht am Wesen einer Universität vorbei?

Prof. Dr. Manfred Prenzel: Universitäten sind gesellschaftliche Einrichtungen mit bestimmten Zielsetzungen. Sie müssen sich den Erwartungen stellen, die eine Gesellschaft an sie richtet. Zu diesen gehören zum Beispiel, den Erkenntnisschatz der Gesellschaft zu erweitern, zu bestimmten Fragen Antworten zu bieten oder Wissen bereitzustellen, das zur Lösung bestimmter Probleme beiträgt. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Universitäten wurden in den letzten Jahrzehnten deutlich erweitert und werden unter dem Stichwort „Autonomie“ immer wieder neu verhandelt. Das Pendant zu dieser Autonomie ist die Verantwortung, die auch eine Rechenschaftspflicht der Universitäten gegenüber der Gesellschaft beinhaltet. Die Hochschulen müssen sich demnach fragen lassen, ob das, was sie leisten, auch den Erwartungen der Gesellschaft gerecht wird. Der Wissenschaftsrat hat versucht, dafür verschiedene Leistungsdimensionen zu definieren, wie die der Lehre und der Forschung. Weitere Dimensionen betreffen den Wissens- und Technologietransfer, Infrastrukturangebote sowie Dienstleistungen der Universitäten.

Gibt es denn nicht so etwas wie einen generellen Wert, den per se jede Universität – jenseits ökonomischer Kennzahlen – hat?

Eine Universität ist kein Selbstzweck. Sie gewinnt ihren Wert, indem sie Lehrleistungen erbringt und Menschen in ihrer Entwicklung weiterbringt, indem sie neue Erkenntnisse beisteuert und dafür sorgt, dass diese öffentlich zur Kenntnis genommen werden und Wirksamkeit erzielen. Eine Universität, die nur in sich ruht, schafft keinen Wert und hat auch keinen Wert für sich. Sie muss in irgendeiner Art und Weise produktiv arbeiten und versuchen, an die Erwartungen der Gesellschaft anzuknüpfen, deren Ressourcen sie verwendet.

Müsste man – wenn man über die Wertschöpfung nachdenkt – nicht gerechterweise auch die zum Teil sehr unterschiedlichen Standortbedingungen, Profile und Leistungsmöglichkeiten von Universitäten berücksichtigen?

Natürlich haben Universitäten recht unterschiedliche Ausgangslagen. Andererseits haben sie auch vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten: Sie können ihr Profil erheblich mitgestalten. Sie können entscheiden, in welchen Bereichen sie sich besonders engagieren und ihr

Alleinstellungsmerkmal im Wettbewerb mit anderen Hochschulen in ihrer Region, aber auch bundesweit, ausbauen. Wichtig ist jedoch, dass die Universitäten das Profil, das sie sich geben, konsequent umsetzen und nach außen sichtbar machen. Will sich eine Universität über die Lehre profilieren, sollte sie attraktive Lehrangebote bereitstellen und öffentlich machen, wie positiv sich dieses Angebot auf die Arbeitsmarktchancen ihrer Studierenden auswirkt. In der Forschung sollte das besondere Profil auf Konferenzen und in Publikationen sichtbar sein oder Innovationen in Gang setzen. Das alles sind Aspekte, die man messen und bewerten kann.

Hochschulvertreter beklagen, dass Universitäten zunehmend auf ihren ökonomischen Erfolg reduziert werden und warnen vor den Folgen. Wie schätzen Sie das ein?

Diese Wahrnehmung teile ich nicht. Was ich wahrnehme ist, dass verstärkt nach der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Sichtbarkeit der Leistungen einer Universität gefragt wird. Diese Diskussion gibt es, allerdings reduziert sie sich eben nicht auf eine rein ökonomische Betrachtungsweise, die nur interessiert, wie der Output in Geld umgerechnet werden kann. Natürlich gibt es Erkenntnisse, die ökonomisch verwertbar sind. Das hängt hochgradig von den einzelnen Disziplinen ab. In den Natur- und Technikwissenschaften wird man eher

auf Erfindungen verweisen können, die sich verwerten lassen. In den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften ist dies schwieriger. Trotzdem können diese Erkenntnisse zur Lösung gesellschaftlich relevanter Themen beisteuern und sie können Impulse für Innovationen in anderen Bereichen geben.

Sie würden also sagen, dass die Universitäten eben auch nach ihren positiven Effekten auf unsere Gesellschaft bewertet werden?

Sie werden natürlich danach gefragt, ob ihre Erkenntnisse in irgendeiner Art und Weise zu Fortschritten führen. Es ist gut, dass Universitäten zeigen können, dass sie das Wissen der Menschheit erweitern und vertiefen und zu bestimmten Bereichen gesichertes Wissen bereitstellen. Ebenso wichtig ist, dass sie ehrlich kommunizieren, wo es Lücken gibt und sie noch über keine Erkenntnisse verfügen, um eine Entscheidung, die für eine Gesellschaft nützlich wäre, begründen zu

» Jede Universität hat die Freiheit und auch die Verpflichtung, sich immer wieder zu fragen: Ist das, was wir tun, funktional? «



Prof. Dr. Manfred Prenzel

Der Bildungsforscher an der TU München ist seit Juli 2014 Vorsitzender des Wissenschaftsrats.

können. Die Universitäten sind schon seit längerer Zeit aufgefordert, im gesellschaftlichen Dialog ihre Erkenntnisse sichtbar und verständlich zu machen. Sie wären gut beraten, dies zu tun bzw. auszubauen – auch, um mehr Akzeptanz zu erlangen. Denn am Ende muss sich auch die Politik gegenüber dem Steuerzahler rechtfertigen, warum sie so viele Milliarden in die Wissenschaft und unter Umständen weniger in andere Bereiche investiert.

Damit greifen Sie eine Forderung auf, die die Kanzlerinnen und Kanzler auf ihrer diesjährigen Jahrestagung in ihren Schlussfolgerungskatalog aufgenommen haben. Wie sonst noch könnten Universitäten ihre Position gegenüber Politik und Gesellschaft stärken?

Ich würde gerne das Thema der Kommunikation erweitern. Universitäten sollten der Außenwelt viel mehr Einblicke in ihre Projekte, Fragestellungen und Erkenntnisse gewähren – und sie sollten dies auch in ihrem regionalen Umfeld verstärken. Die relevanten Akteure aus Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik vor Ort sollten über die Aktivitäten „ihrer“ Universität im Bilde sein. Das stärkt die Akzeptanz und ermöglicht neue Projekte und Kooperationen. Ebenfalls verbesserungsfähig ist die Übersetzung der Aktivitäten und Erkenntnisse in eine auch für Nicht-Fachleute verständliche Sprache. Wissenschaftskommunikatoren sollten beim Dialog mit der Öffentlichkeit die unterschiedlichen Zielgruppen besser in den Blick nehmen.

Man hat den Eindruck, dass die Universitäten sich insgesamt sehr defensiv verhalten und externen Institutionen – wie dem CHE oder dem Stifterverband – die Definitionshoheit und Bewertung ihrer Leistungsfähigkeit überlassen. Ist das klug und ist das angemessen?

Auf keinen Fall! Die Universitäten sollten viel selbstbewusster auftreten und ihre eigenen Kriterien gut begründet formulieren. Sie müssen nicht darauf warten, dass jemand von außen kommt und beispielsweise ein Ranking erstellt. Jede Universität hat die Freiheit und auch die Verpflichtung, sich immer wieder zu fragen: Ist das, was wir tun, funktional, und entspricht es tatsächlich unseren Zielen? Sind unsere Tätigkeiten so angelegt, dass sie erfolgreich und nachhaltig wirken? Sind unsere Aktivitäten innerhalb der Wissenschaftscommunity, aber auch in der Gesellschaft und der breiten Öffentlichkeit sichtbar? Derartige Analysen geben den Universitäten wertvolle Hinweise darauf, wo sie Optimierungspotenzial haben und wie sie sich noch besser aufstellen können. Solche Prozesse finden bereits statt – zum Beispiel im Rahmen der Exzellenzinitiative. Sie hat viele Universitäten dazu bewegt, sich ernsthaft mit ihrem Profil und ihren Zukunftsperspektiven zu befassen. Auch wenn nicht alle Universitäten mit ihrer Bewerbung erfolgreich waren, so stellen schon allein die durch die Exzellenzinitiative angestoßenen Analysen und Profilbildungsprozesse einen Erfolg dar. Die Universitäten haben sich dieser Herausforderung gestellt und genau darin spiegelt sich das Übernehmen von Verantwortung aus der Freiheit, die eine Universität hat. ■

Veronika Renkes ist duz Special-Redakteurin und Wissenschaftsjournalistin in Berlin.

„Die Facetten einer scheinbar rein ökonomischen Fragestellung“

Das Thema „Standortfaktor Universität“ trifft alle Universitäten unabhängig vom Standort gleichermaßen. Welche Facetten mit der Diskussion mitschwingen, zeigen die Gespräche rund um die diesjährige Jahrestagung der Kanzlerinnen und Kanzler. | Protokoll: Kathrin Häckert



Albert Berger
Kanzler der Technischen Universität München (TUM) und Bundessprecher der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands

„Beim Thema ‚Standortfaktor Universität‘ muss – über den reinen Euro hinaus – die Bedeutung der Universitäten für die regionale Entwicklung in den Blick genommen werden. Wir müssen den Mehrwert der Universitäten aufzeigen und dies auch in die Politik hineinbringen. Oft heißt es: ‚Wenn es einer Region gut geht, dann kann es auch einer Universität gut gehen. Ich sage aber umgekehrt: Wenn es einer Universität gut geht, dann geht es auch der Region gut.“



Prof. Dr. Torben Schubert
Projektleiter am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI in Karlsruhe

„Eine Perspektive, die Aktivitäten von Hochschulen auf die reine Nachfragedimension reduziert, und die vielen wichtigeren Effekte ignoriert, die sich aus der Generierung neuen Wissens oder aus der Bereitstellung von Humankapital (Ausbildung von Absolvent/-innen) ergeben, verkennt sowohl die Zielsetzung wie auch die gesellschaftliche Aufgabe von Hochschulen.“



Prof. Dr. Peter Meusbürger
Distinguished Professor am Geographischen Institut der Universität Heidelberg

„Die Auswirkungen einer Universität auf ihren Standort werden vor allem von zwei Faktoren beeinflusst – erstens von der Qualität, der wissenschaftlichen Reputation, der finanziellen „Ausstattung“ und der fachlichen Ausrichtung der betreffenden Universität und zweitens von der Bevölkerungs- und Sozialstruktur sowie dem Arbeitsplatzangebot der Standortregion.“



Dr. Waltraud Kreutz-Gers
Kanzlerin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

„Wir als Universitäten müssen, wenn wir über die Wirkungen der Universität in die Stadt und Region hinein sprechen, nicht nur an Fächer wie Chemie oder Medizin denken, sondern wir müssen auch die Wirkung der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften verdeutlichen. Das heißt, dass wir die genannten Studien weiterführen und dadurch weitere Aspekte neben den wirtschaftlichen aufnehmen. Auch wenn diese nicht so einfach zu messen sind, heißt es nicht, dass man sie nicht beschreiben und darüber reden kann.“



Dr. Roland Kischkel
Kanzler der Bergischen Universität Wuppertal

„Die regionale Bindung einer Universität und der wirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzen, den sie dort stiftet, dürfen ihre Kernfunktion als Bildungseinrichtung nicht überlagern. Die Leistungen der Universität liegen in Lehre und Forschung. Diese sind für die Wirtschaft, die Politik und die Kultur ihrer Region von großer Bedeutung, aber Universitäten werden hierdurch nicht selbst zu politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Institutionen. Gerade diese unüberwindbare Differenz macht es für Universitäten besonders wichtig, sich zu öffnen und zu erklären: der regionalen Öffentlichkeit zu vermitteln, was genau sie als Wissenschaftseinrichtungen in der Region und für die Region leisten.“



Dr. Christian Blomeyer
Kanzler der Universität Regensburg

„Eine Studie aus dem Jahr 1997 zu Universitäten und der Region Regensburg stellte einen erheblichen Strukturwandel in der Region seit der Gründung der Universität fest, und prognostizierte, dass sich der Strukturwandel mit unvermindertem Tempo fortsetzen wird.“



Prof. Dr. Birgitta Wolff
Designierte Präsidentin
der Goethe-Universität
Frankfurt/Main

„Universitäten werden neben den bildungspolitischen weitere Aufgaben zugetragen, die vielmehr unter Wirtschafts-, Regional- oder Finanzpolitik zu subsumieren sind. Diese sollen Universitäten noch neben ihren Kernaufgaben ‚Forschung und Lehre‘ leisten. Folglich zieht dies Ressourcen aus diesen Bereichen und schränkt die Universitäten bei ihren eigentlichen Aufgaben ein. Ich will damit nicht sagen, dass die Universitäten diese Aufgaben nicht leisten können, dass tun sie jeden Tag. Doch sollten sie dafür Mittel, die zum Beispiel für die Wirtschaftsförderung vorgesehen sind, bekommen.“



Dieter Kaufmann
Kanzler der Universität Ulm

„Universitäten haben einen wichtigen Part in der Frage der Demokratie und der Kultur. Außerdem tragen sie zur Stabilisierung der Bevölkerungssituation bei. Im Zuge der demografischen Entwicklung sorgen wir dafür, dass

wir einen Bildungszuwachs erreichen und dass wir mit den Universitätskliniken eine Krankenversorgung der Höchstleistungsmedizin an den jeweiligen Standorten haben. Der Gap zwischen dem Wert den Bildung schafft, und dem Stellenwert, dem Bildung beigemessen wird, verdeutlicht, dass die Unterfinanzierung von Universitäten nicht nur Folgen für diese nach sich zieht, sondern eigentlich weitreichende gesellschaftliche Fragestellungen aufwirft. Wichtig ist daher ein Ansatz, der ein nahezu vollständiges Bild der Bedeutung von Universitäten für ihre Region – einschließlich der Folgen einer Unterfinanzierung – aufzeigt. Und damit eine bessere Finanzierung von Universitäten nicht allein eine Forderung der Kanzlerinnen und Kanzler bleibt, sondern einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtung unterzogen wird.“



Prof. Dr. Wolfgang Löwer
Rechtswissenschaftler an der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn und Richter am
Verwaltungsgerichtshof NRW

„Regionalwirtschaftliche Aspekte sind immer gute Argumente gegenüber Politikerinnen und Politikern. Universitäten werden aber nicht wegen ihres

regionalpolitischen Aspektes betrieben, sondern sie haben ihn. Der Grund des Betriebs ist neben der Forschung ein anderer: die Ausbildung von gut ausgebildetem Leitungspersonal für akademische Berufe.“



Dr. Josef Lange
Vorsitzender des Universitätsrats der
Friedrich-Schiller-Universität Jena

„Wenn es um die Finanzierung der Hochschulen geht, muss man die Verbündeten nicht nur im Wissenschaftsministerium suchen, diese haben das Thema in der Regel ohnehin präsent. Vielmehr muss man Verbündete beispielsweise in den

Finanz-, Sozial- (wenn es um den Bereich Hochschulmedizin geht) und auch Wirtschaftsministerien suchen.



Prof. Dr. Peer Pasternack
Direktor des Instituts für
Hochschulforschung an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg (HoF)

„Das Wissenschaftsministerium konkurriert immer mit anderen Politikressorts. Gegenüber Nichtwissenschaftlern ist es jedoch schwierig,

mit innerwissenschaftlichen Argumenten Legitimität für die Wissenschaftsanliegen zu erlangen. Da wirken eher Argumente, die sich auf die Region beziehen: das Anziehen junger Leute, regionale Ausstrahlungseffekte der Hochschulen in außerhochschulische Bereiche, Innovationswirkungen bis hin zum verhinderten Niedergang einer Region durch eine Hochschulgründung, wie das Beispiel Regensburg gezeigt hat.“



Dr. Klaus Bartholomé
Kanzler der Friedrich-Schiller-
Universität Jena

„Die Frage ist, mit welchen Konzepten und Argumenten Politiker/-innen überzeugt werden können. Andere Politikbereiche verfügen ganz offensichtlich über eine sehr viel schlagkräftigere Lobby. Beispiel:

Wir haben allein in den Jahren 2008 bis 2012 an den deutschen Universitäten ein Defizit bei Bau und Sanierungen von mehr als drei Milliarden Euro zu verzeichnen. Dies scheint im politischen Raum jedoch nur wenig Beunruhigung hervorzurufen.“

Der „Wert“ einer Universität

Im Zuge der Nullverschuldung sollen Universitäten ihre Wertschöpfung nachweisen. Doch worin zeigt sich ihr gesamtgesellschaftlicher Wert? | Eine Betrachtung aus Sicht der Universitätskanzlerinnen und -kanzler

Universitäten stehen unter einem hohen Leistungs- und Rechtfertigungsdruck und sehen sich der Aufforderung ausgesetzt, ihre Wertschöpfung nachzuweisen. Oft werden sie jedoch nur als Kostenverursacher gesehen.

Welchen Stellenwert haben Universitäten für die Region? Was bieten sie der Gesellschaft? Viele Kanzlerinnen und Kanzler versuchen diesen Anforderungen von Seiten der Politik nachzukommen, indem sie Gutachten zu Wertschöpfung ihrer Universität anfertigen. Damit soll der Nachweis erbracht werden, dass Investitionen in Universitäten von Seiten des Landes aus wichtig für die jeweiligen Regionen sind. Oftmals zeigt sich jedoch, dass die kurzfristigen Haushaltsdefizit- oder Verteilungsüberlegungen der Politik im Konflikt mit langfristigen Überlegungen in Bezug auf Hochschulfinanzierung stehen. Ökonomische Argumente als Antwort der Universitäten auf die ökonomischen Forderungen genügen weder der Politik noch den Hochschulen – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Die 2013 vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft veröffentlichte Studie „Wirtschaftsfaktor Hochschule“ zeigt deutlich, dass der Staat an der Hochschulbildung verdient (siehe auch Grafik rechts oben). Dabei tragen Hochschulen zu Innovationen und damit zum Wirtschaftswachstum bei. Sie bilden Fachkräfte aus, sind oftmals der größte Arbeitgeber vor Ort und investieren in die Infrastruktur. Der Wert der Hochschulen als regionaler Wirtschaftsfaktor beträgt jährlich über 190 Milliarden Euro.

Betrachtet man die Arbeitsmarkteffekte, wird die Wirkung von Universitäten augenscheinlich (siehe auch Grafik rechte Seite). Zwischen 0,7 und 3,5 Prozentpunkten entspricht der geschätzte Rückgang der Arbeitslosenquote. Der Unterschied wird dadurch erklärt, dass der Effekt einer Hochschule in wirtschaftlich starken Metropolen besonders hoch ist. Gründe liegen im wirtschaftlichen Umfeld der Hochschule, das besonders von den akademisch ausgebildeten Absolvent/-innen sowie der Wissensproduktion der wissenschaftlichen Einrichtungen profitiert.

Gutachten greifen jedoch zu kurz, wenn sie lediglich den ökonomischen Wert von Hochschulen bemessen. Nachweislich haben Universitäten auch einen zivilgesellschaftlichen Einfluss wie zum Beispiel auf die Demokratieentwicklung. Ein Blick auf die Wahlbeteiligung zeigt das Problem auf. So sorgen die Universitäten auch in Zeiten rückläufiger Geburtenraten dafür, dass Deutschland einen Bildungszuwachs erreicht und sie tragen zur Stabilisierung der Städte bei. Darüber hinaus versorgen die mit den Universitäten eng verbundenen Universitätskliniken die

Staat verdient an Hochschulbildung

Direkte Kosten	28.700
Entgangene Steuereinnahmen	18.150
Zuschüsse (BAföG etc.)	4.515
Gesamtkosten	51.366
Zusätzliche Einkommenssteuer	104.918
Zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge	47.985
Arbeitslosigkeitseffekt	15.556
Gesamtertrag	168.459
Differenz	109.286

Staatliche Investitionsrechnung für einen Hochschulabschluss in Deutschland (2008), in Euro

Die Datenwerte basieren auf dem Unterschied zwischen Hochschulabsolvent/-innen und Absolvent/-innen des Sekundarbereichs II

Quelle: OECD (2012): Bildung auf einen Blick;

Stifterverband (2013): Wirtschaftsfaktor Hochschule

einzelnen Standorte mit Höchstleistungsmedizin – um nur einige der vielen Funktionen und Effekte von Universitäten zu nennen (siehe auch Kasten rechte Seite).

Die einseitige ökonomische Betrachtung birgt ein weiteres Risiko: In der Darstellung werden häufig Effekte von Universitäten mittels Forschung im MINT-Bereich verdeutlicht. Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften werden oftmals außer Betracht gelassen. Diese eingeschränkte Betrachtungsweise kann langfristig zu einem Anerkennungsproblem der Fächer führen, wenn aus der Nichtbenennung der Schluss gezogen wird, dass sie regional irrelevant seien. Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaftler/-innen arbeiten oft in regionalen Steuerungskomitees, speisen so ihre Expertise ein und fungieren dort als sogenannte „soziale Frühwarnsysteme“. Erfahrungen zeigen, dass dort – wo zum Beispiel der demografische Wandel bereits stark fortgeschritten ist – es den Kommunen besser gelingt, Lösungen zu generieren, wenn Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaftler/-innen gewonnen werden, um an der Problemlösung mitzuwirken.

Hochschulregionen: mehr Wirtschaftskraft, weniger Arbeitslosigkeit

Wirkung der Hochschulen auf das BIP pro Kopf und Arbeitslosenquote, im Durchschnitt 2001 bis 2009

Quelle: Schubert, T./Kroll, H. (2013): Hochschulen als regionaler Wirtschaftsfaktor (Studie beauftragt vom Stifterverband)

Da das Problem des demografischen Wandels in fast jeder Region in Deutschlands auftreten wird, ist das generierte Wissen überregional bedeutsam. Aber auch die wissenschaftliche Begleitung von Ausstellungen örtlicher Museen, Bewältigung des Gedenktagebetriebes und die Aufbereitung und damit auch die Vermarktung kulturtouristischer Angebote sind Beispiele, wie Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaftler/-innen Funktionen in ihrer Region wahrnehmen.

Die Kommunikation des Mehrwerts der Universitäten für Ihre Regionen stellt für uns Kanzlerinnen und Kanzler auch eine Form der Wahrnehmung unserer Verantwortung dar. Denn das Pendant zu (Hochschul-)Autonomie ist Verantwortung. Ein Mittel dafür ist die Hochschulaußenkommunikation. Diese Kommunikation muss in vielen Feldern ausgebaut werden. Denn nur ein Engagement, das gezeigt wird, kann als Argument in die Finanzierungsdebatten eingeführt werden.

Die Schlussfolgerungen, die wir Kanzlerinnen und Kanzler aus den vorangegangenen Überlegungen und Darstellungen ziehen, lauten:

1. Universitäten müssen ihre Leistungen nach außen verstärkt kommunizieren, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden und Argumente gegenüber Politikerinnen und Politikern für die Finanzierung zu stärken.
2. Universitäten sollten dafür Sorge tragen, dass die generierten wissenschaftlichen Ergebnisse ausreichend übersetzt werden, damit sie auch der breiten Öffentlichkeit vermittelbar sind.
3. Universitäten sollten darauf drängen, dass Gutachten zu Effekten von Universitäten auch nicht-ökonomische Aspekte aufgreifen.
4. Universitäten sollten – neben den Natur- und Technikwissenschaften – auch verstärkt die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften berücksichtigen, um die Effekte von Universitäten auf ihre Regionen adäquat betrachten und feststellen zu können.
5. Universitäten haben vielfältige Funktionen und Effekte jenseits des Wissenschaftsbereiches. Daher ist es unabdingbar, Politiker/-innen außerhalb des Wissenschaftsressorts (etwa im Finanzministerium) von ihren – zum Beispiel gesellschaftlichen, ökonomischen oder arbeitsmarktrelevanten – Leistungen zu überzeugen.
6. Die Universitäten sollten der Politik vor Augen führen, dass die sinkende Grundfinanzierung nicht nur eine Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit darstellt, sondern auch erhebliche negative Effekte auf die Regionen haben. ■



BIP pro Kopf in Deutschland
26.184 €

Effekte in Hochschulregionen



Arbeitslosenquote in Deutschland
9,5 %

Regionale Hochschulfunktionen und -effekte:

- Bildungs-, Wissens- und Kompetenztransfer
 - Ausbildung von Studierenden und Wissenschaftlern
 - Weiterbildung externer Fachkräfte und Stärkung des regionalen Arbeitskräftepotenzials
 - Grundlagenforschung als Voraussetzung für Innovationsprozesse privater Unternehmen
 - Forschungsbeiträge zur Bewältigung – auch nicht-ökonomischer – regionaler Herausforderungen (z. B.: demografischer Wandel)
 - Entwicklung und Bereitstellung von system- und prozessbezogenem Problemlösungswissen
 - Bereitstellung von Wissensreservoirs in Form von Archiven, Bibliotheken, Sammlungen
 - Förderung regionaler Innovationsaktivitäten
 - Förderung von Spin-offs, Entrepreneurships und Patenten
- Verbesserung der Standortqualität und -attraktivität
 - Anstoß von Innovationen durch Kooperationen zwischen Hochschule und Unternehmen
 - Stärkung der regionalen Wirtschaft – u. a. durch Investitionen und Personalausgaben der Hochschulen, Ausgaben von Studierenden und Hochschulpersonal
 - positive Beschäftigungseffekte für den lokalen Arbeitsmarkt
 - Urbanisationsvorteile und soziokulturelle Effekte durch Verbesserung der Infrastruktur
 - Netzwerkeffekte infolge der Austauschprozesse und Etablierung einer Transferkultur

Begehbare Schaufenster

Mit 25.000 Studierenden und an die 3.500 Beschäftigte ist die Universität Kiel ein wichtiger Faktor für die städtische Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. | Von Martin Geist



So tragen zwar die Kunsthalle und ihre Antikensammlung den humanistischen Disziplinen der Universität Rechnung, die von ihnen präsentierten, hochkarätigen Wechelausstellungen machen sie jedoch mittlerweile zu einer Top-Adresse der Kunstszene im Norden.

Der Kieler Kanzler schwärmt auch vom Uni-eigenen Zoologischen Museum: „Wissenschaftlich exzellent, zugleich hochmodern präsentiert: Diese Kombination ist ganz herausragend.“ Von der Medizinhistorischen Sammlung über den Botanischen Garten bis hin zum Sportzentrum und dem Seehundbecken, das sonntags halb Kiel an die Förde lockt, lässt sich die Reihe fast beliebig erweitern: Wo Uni drauf steht, dürfen sehr häufig alle rein. Von der Universitätsgesellschaft, in deren 50 Sektionen in ganz Schleswig-Holstein täglich Vorträge von Uniprofs zu hören sind bis zu speziellen Events wie der kultigen „Night of the Profs“ oder einem täglich mehrstündigen Programm auf der Kieler Woche.



So mancher Bäcker bliebe auf seinen Brötchen sitzen, so manche Personalchefin bliebe ohne Personal – und Kneipen, die „Bambule“ oder „Kulisse“ heißen, gäbe es erst recht nicht: Ohne ihre Universität wäre die Stadt Kiel wesentlich ärmer. Nicht nur in materieller Hinsicht.

25.000 Studierende und fast 3.500 Beschäftigte machen die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zur Stadt in der Stadt und zu einem gewaltigen wirtschaftlichen Faktor. Auf jährlich mehr als 62 Millionen Euro beziffert das Institut der Deutschen Wirtschaft in einem 2013 vorgelegten Gutachten allein die Nachfrageeffekte aufgrund der Gehaltszahlungen der Universität. Vom Bleistift bis zum neuen Rechenzentrum ist die Universität zudem investiv tätig und löst weitere Nachfrageeffekte von fast 70 Millionen Euro aus. Schätzungsweise 250 Millionen Euro lassen die Studierenden das Jahr über in der Stadt – in Kneipen und Copy-Shops, in der Mensa und der vielfältigen Musik- und Kulturszene.

Kanzler Frank Eisoldt kennt solche Zahlen und weiß auch, dass auf jeden Euro, den seine Hochschule vom Land erhält, weitere 2,40 Euro aus anderen Quellen dazukommen. Eine solch buchhalterische Sicht sagt allerdings noch gar nichts über den kulturellen und sozialen Wert aus, den eine Universität für eine Stadt hat. „Ungewöhnlich für deutsche Universitäten“ ist nach Eisoldts Worten der Umstand, „dass wir in Kiel ganz viele primär nicht-akademische Einrichtungen unterhalten“.

Wie begehbare Schaufenster erscheinen solche Angebote der Uni. Und genau so sind sie gemeint. „Wir werden aus Steuern finanziert und haben deshalb die Aufgabe, deutlich zu machen, was wir tun“, hebt Eisoldt hervor. So ist es der Politikwissenschaftler stolz darauf, dass die Kieler Spitzenforschung – insbesondere in den Meereswissenschaften – öffentlich präsent ist und in der Klimadiskussion ganz vorn mitmisch.

Vizepräsidentin Prof. Dr. Karin Schwarz räumt ein, dass der Technologietransfer in die Industrie schon wegen der im Vergleich zu Süddeutschland ungleich schwächer ausgeprägten industriellen Basis noch ausbaufähig ist. „Trotzdem profitieren die Betriebe enorm von uns“, betont sie. Studierende absolvieren Praktika in Firmen oder fertigen in Kooperation mit ihnen ihre Abschlussarbeiten an. Die wissenschaftliche Weiterbildung orientiert sich an den Bedürfnissen der Betriebe, und auch auf der Forschungsebene kooperieren Wissenschaft und Wirtschaft miteinander. Karin Schwarz muss dazu nur ein paar Schritte aus dem Büro gehen. Im Wissenschaftszentrum und ebenso im Technologie- und Gründerzentrum gleich neben dem Campus sitzen dutzendweise Firmen, deren Chefinnen oder Chefs vor meist gar nicht langer Zeit noch zur Uni Kiel gehörten. ■

Martin Geist ist freier Journalist in Kiel.

Lehre, Forschung und Wissenstransfer auf internationalem Niveau:
Im Jahr 2015 begeht die Landesuniversität Schleswig-Holsteins ihr 350. Jubiläum



Wissen schafft Zukunft

Bei der Universität Ulm trifft Verantwortung für globale Herausforderungen auf regionale Strahlkraft. | Von Kathrin Häckert

Fast fünf Jahrzehnte nach ihrer Gründung prägt die Universität Ulm in einzigartiger Weise Stadt und Region. Einst war die jüngste Uni Baden-Württembergs auf 1.600 Studierende ausgelegt, heute sind über 10.000 angehende Akademiker/-innen immatrikuliert. Und nur 28 Jahre nachdem der Grundstein für die Wissenschaftsstadt Ulm gelegt wurde, stehen bei ihr 12.500 Beschäftigte in Lohn und Brot. Nach und nach hat sich ein starkes Geflecht aus Campus, Universitätsklinikum, außeruniversitären Forschungsinstituten und in Forschung und Entwicklung aktiven Firmen in der 119.000 Einwohner zählenden Stadt Ulm gebildet.

Werfen wir einen Blick zurück in das Jahr 1961. „Nie und nimmer wird Ulm eine Universitätsstadt“ – mit diesem Satz des damaligen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Dr. Kurt Georg Kiesinger, sollten sich alle Hoffnungen der Ulmer/-innen auf eine Universität zerschlagen. Doch sie kämpften und ertrotzten sich ihre Alma Mater.

Gehen wir vom Gründungsjahr der Universität 1967 in das Jahr 1986, der Grundsteinlegung der ersten Wissenschaftsstadt Deutschlands. Ziel war es, die Universität und die Unternehmen näher zusammenzubringen. Denn Ulm erfuhr in den 80er-Jahren einen überdurchschnittlichen Abbau von Industriearbeitsplätzen. Mit der zielgerichteten Nutzung des wissenschaftlich-technischen Potenzials für Unternehmen sollte der notwendige Wandel in der Beschäftigungsstruktur vom verarbeitenden Gewerbe hin zu Arbeitsplätzen im Dienstleistungs-, Forschungs- und Wissenschaftsbereich einhergehen.

Der einstige Plan ging auf, die kurzen Wege in Ulm befördern Kooperationen. Sie erleichtern den Austausch zwischen verschiedenen Forschungsfeldern und -disziplinen, zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und auch von Universität und Gesellschaft. „Die frühe gegenseitige Kontaktaufnahme und dauerhafte Pflege der Beziehungen ermöglicht eine Kultur des Interesses an den Bedürfnissen des Gegenübers“, ist Dieter Kaufmann, Kanzler der Universität Ulm, überzeugt. „Neue Forschungsfragen entstehen so einerseits durch die wissenschaftlichen Diskussionen und andererseits durch die Identifikation von gesellschaftlichem Lösungsbedarf.“

In Ulm sieht man besonders deutlich, wie die Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Herausforderungen gleichzeitig mit der regionalen Strahlkraft einer Universität zusammenkommen. Die Universität mit ihrer naturwissenschaftlich-medizinischen Ausrichtung leistet wesentliche Beiträge zur Lösung der sogenannten Grand Challenges. Zugleich ist sie für eine langfristige Entwicklung der wettbewerbsintensiven Wachstumsregion Ulm entscheidend. Rückblickend war der Kampf der Ulmer/-innen für ihre Uni sehr weitsichtig. Denn nicht nur bezüglich künftiger Herausforderungen, denen Menschen, Staaten und Gesellschaften gegenüberstehen, sondern auch für die regionale Entwicklung gilt: „Wir sind angewiesen auf kreative, kluge und engagierte Leute, wir sind angewiesen auf deren Leistung in der Wissenschaft, also in Forschung, Technologietransfer, Lehre und im Bereich des lebenslangen Lernens“, so Dieter Kaufmann. ▀

Kathrin Häckert ist Referentin des Kanzlers der Universität Ulm.

Impuls- und Ideengeber:
Der hoch dynamische Schaffensraum der Universität Ulm lädt ein zum Denken, Fragenstellen und gemeinsamen Austausch



Plattform für den kollegialen Austausch

Die Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands im Kurzprofil. | Von Carina Grambow

Die Gründung der Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands geht auf die 1950er-Jahre zurück und umfasst in ihrer heutigen Mitgliederstruktur nahezu alle deutschen staatlichen Universitäten. Die Kanzlervereinigung vertritt die Interessen der Kanzlerinnen und Kanzler und damit der gesamten Universitätsverwaltung auf Bundesebene und sieht sich als „Plattform“ zum kollegialen Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Basierend auf den jeweiligen landesgesetzlichen Regelungen des Hochschulrechts sind Universitätskanzlerinnen und -kanzler als Mitglieder der Hochschulpräsidien die Leiter/-innen der Hochschulverwaltungen, die „Beauftragten für den Haushalt“ und die Dienstvorgesetzten des nicht-wissenschaftlichen Personals. Die Universitätsverwaltung mit ihren Schwerpunktbereichen Finanzen und Personal, Liegenschaften und Infrastruktur, Organisation und Recht sowie den weiteren Servicefunktionen bildet idealiter das Rückgrat der Universitäten. Die Sicherstellung eines funktionierenden Universitätsbetriebs bei gleichzeitiger Gewährung von bestmöglichen notwendigen Gestaltungsspielräumen für Forschung und Lehre lässt die Kanzlerinnen und Kanzler in einem stetigen Spannungsfeld agieren, bei dem es gilt, die vielfältigen und komplexen inner- und außeruniversitären Schnittstellen erfolgreich zu managen. Universitätsverwaltung heute ist längst nicht mehr die „klassische Verwaltung einer nachgeordneten Behörde“, betont der amtierende Bundessprecher Albert Berger, Kanzler der Technischen Universität München (TUM), sie ist aktive Universitätsgestaltung im besten Sinne des Begriffs „Wissenschaftsmanagement“.

In aktuell sieben Arbeitskreisen auf Bundesebene befassen sich die Mitglieder der Kanzlervereinigung (ggf. ergänzt durch weitere einschlägige Fachleute) mit Grundsatzthemen der Hochschuladministration ebenso wie mit aktuellen hochschulpolitischen und

-strategischen Fragestellungen, die den verantwortlichen „Verwaltungsspitzen“ im beruflichen Alltag begegnen:

Arbeitskreis „Hochschulfinanzierung“ (Leitung: Kanzler Dr. Rainer Ambrosy, Universität Duisburg-Essen): Im Mittelpunkt stehen haushalts- und steuerrechtlichen Themen wie beispielsweise staatliche Finanzierung und die Analyse der Finanzstrukturen von Universitäten, aber auch die Fragen betreffend Overhead, Budgetierung und Besteuerung von Hochschulen. Verantwortlich für den Bereich „Steuern“ ist Kanzler Dr. Klaus Bartholomé, Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Arbeitskreis „Hochschulbau“ (Leitung: Kanzler Dr. Roland Kischkel, Bergische Universität Wuppertal): befasst sich mit wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Aspekten des Betriebs von Hochschulgebäuden. Im Vordergrund aktueller Projekte stehen die Analyse und die Überwindung des baulichen Sanierungsstaus (siehe u. a. Pressemitteilung „Bröckelnde Infrastruktur. Zahlreiche Hochschulgebäude in Deutschland sanierungsbedürftig“, Juli 2014).

Arbeitskreis „Dienst- und Tarifrecht“ (Leitung: Kanzlerin Regina Zobel, FernUniversität in Hagen): Rechtsfragen betreffend Befristungen, Entwicklung des Dienstrechts und der W-Besoldung sowie der Erarbeitung und Verhandlung wissenschaftsadäquater Tarifregelungen werden unter anderem in diesem Arbeitskreis diskutiert.

Arbeitskreis „Hochschul-IT“ (Leitung: Kanzler Christian Zens, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)): beschäftigt sich mit grundsätzlichen Fragen der Unterstützung der Aufgaben der Universitäten durch geeignete Verfahren der Informations- und Kommunikationstechnologien. Zentrale Themen des Arbeitskreises sind momentan das Campus-Management und der Einsatz von Social Media und Internetportalen an Universitäten.





Arbeitskreis „Fortbildung“ (Leitung: Kanzlerin Dr. Dagmar Steuer-Flieser, Universität Bamberg): versteht sich als Organisation zur „kollegialen Selbsthilfe“ der Kanzlerinnen und Kanzler. Jährlich werden bis zu fünf Veranstaltungen zu aktuellen Fragestellungen des Wissenschaftsmanagements organisiert. Diese reichen von persönlichen Führungsfragen bis hin zu hochschulpolitischen Themen.

Arbeitskreises „Hochschulmedizin“ (Leitung: Kanzler Dieter Kaufmann, Universität Ulm): Zentrale Themen dieses Arbeitskreises sind: adäquate Vergütung von Universitätskliniken und Folgen der Unterfinanzierung für Forschung und Lehre (siehe Veröffentlichung „Zur Zukunftssicherung der Universitätsmedizin braucht es ein Umdenken“, Juli 2013). Neben dem Verhältnis von Universitäten zu deren Universitätskliniken und den Folgen für Governance sowie Besteuerung, beschäftigt sich der Arbeitskreis u. a. mit den Entwicklungen des Medizinstudiums.

Arbeitskreis „Studentenwerke“ (Leitung: Kanzler Jens Apitz, Universität Konstanz): beschäftigt sich mit grundsätzlichen Fragen der Kooperation zwischen den Hochschulen und den Studierendenwerken. Der Arbeitskreis versteht sich als Plattform für die Abstimmung gemeinsamer Ziele und unterschiedlicher Aufgaben.

Als Patentbeauftragter der Kanzlervereinigung ist Kanzler Dr. Michael Stückradt, Universität zu Köln, Ansprechpartner in allen bundesländerübergreifenden Fragen zum Thema Patente und Lizenzen.

Der Sprecherkreis der Kanzlervereinigung, bestehend aus den jeweiligen Landessprecherinnen und -sprechern der Bundesländer Deutschlands, pflegt zudem einen regen Austausch mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie mit nationalen Wissenschaftsorganisationen wie der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), dem Wissenschaftsrat (WR), dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und dem Deutschen Hochschulverband (DHV).

Weitere Informationen, insbesondere die Kontaktdaten der Kanzlervereinigung, Termine und Veranstaltungen sowie die aktuelle Liste der Landessprecher/-innen im Sprecherkreis, finden Sie im Internet auf der Homepage der Vereinigung unter www.uni-kanzler.de. ■

Carina Grambow ist Referentin der Geschäftsstelle der Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands.

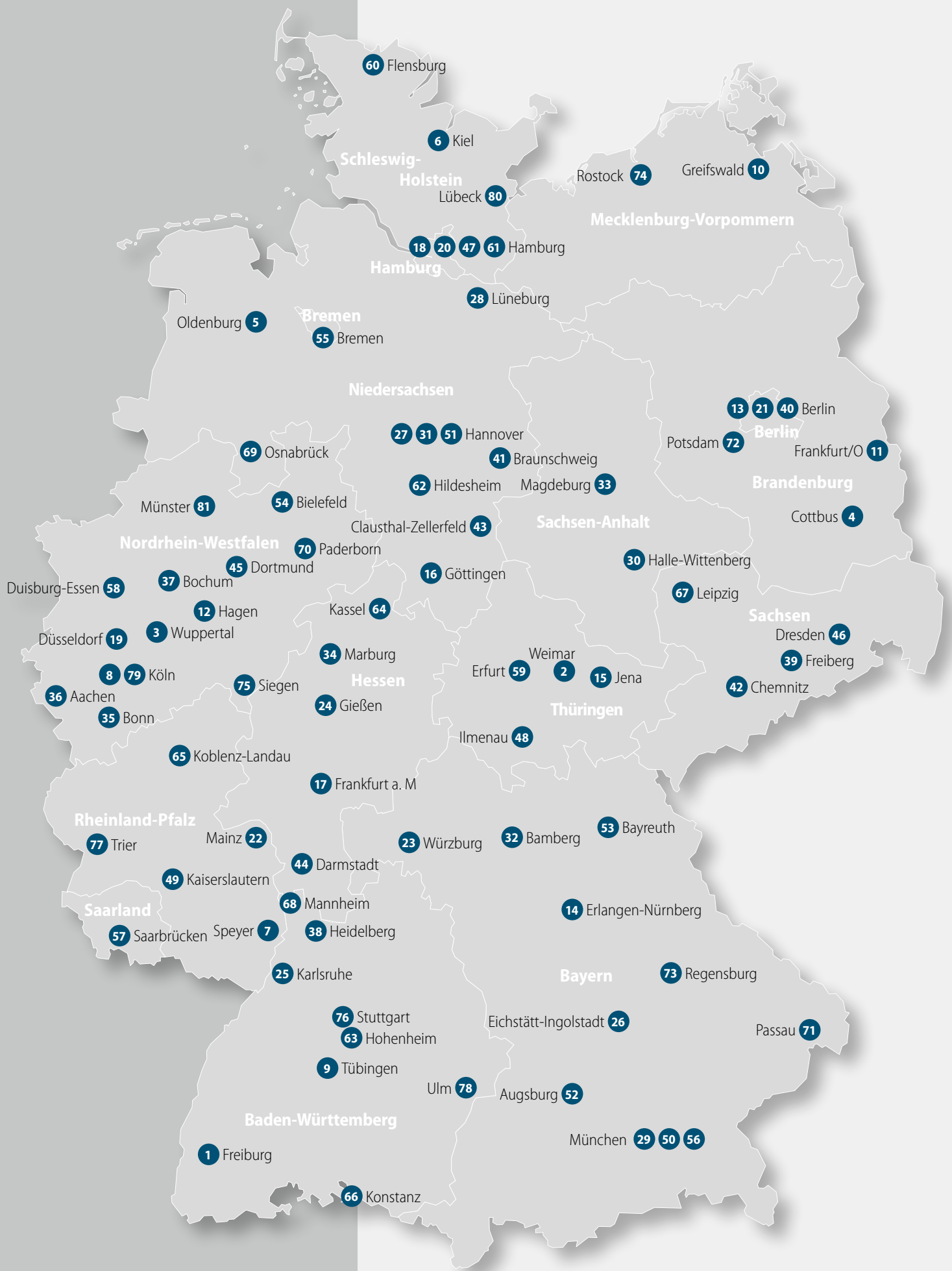
Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler: Ziel des gemeinsamen Austauschs ist, auch Impulse für das Wissenschaftssystem zu geben



Weltweit geachtet

Staatliche Universitäten in Deutschland – ein starker Verbund

- 1** Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- 2** Bauhaus-Universität Weimar
- 3** Bergische Universität Wuppertal
- 4** Brandenburgische Technische Universität Cottbus – Senftenberg
- 5** Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
- 6** Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- 7** Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer
- 8** Deutsche Sporthochschule Köln
- 9** Eberhard Karls Universität Tübingen
- 10** Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
- 11** Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
- 12** FernUniversität in Hagen
- 13** Freie Universität Berlin
- 14** Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- 15** Friedrich-Schiller-Universität Jena
- 16** Georg-August-Universität Göttingen
- 17** Goethe-Universität Frankfurt
- 18** HafenCity Universität Hamburg – Universität für Baukunst und Metropolentwicklung
- 19** Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- 20** Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg
- 21** Humboldt-Universität zu Berlin
- 22** Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- 23** Julius-Maximilians-Universität Würzburg
- 24** Justus-Liebig-Universität Gießen
- 25** Karlsruher Institut für Technologie
- 26** Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
- 27** Leibniz Universität Hannover
- 28** Leuphana Universität Lüneburg
- 29** Ludwig-Maximilians-Universität München
- 30** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- 31** Medizinische Hochschule Hannover
- 32** Otto-Friedrich-Universität Bamberg
- 33** Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- 34** Philipps-Universität Marburg
- 35** Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- 36** Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
- 37** Ruhr-Universität Bochum
- 38** Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- 39** Technische Universität Bergakademie Freiberg
- 40** Technische Universität Berlin
- 41** Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig
- 42** Technische Universität Chemnitz
- 43** Technische Universität Clausthal
- 44** Technische Universität Darmstadt
- 45** Technische Universität Dortmund
- 46** Technische Universität Dresden
- 47** Technische Universität Hamburg-Harburg
- 48** Technische Universität Ilmenau
- 49** Technische Universität Kaiserslautern
- 50** Technische Universität München
- 51** Tierärztliche Hochschule Hannover
- 52** Universität Augsburg
- 53** Universität Bayreuth
- 54** Universität Bielefeld
- 55** Universität Bremen
- 56** Universität der Bundeswehr München
- 57** Universität des Saarlandes
- 58** Universität Duisburg-Essen
- 59** Universität Erfurt
- 60** Universität Flensburg
- 61** Universität Hamburg
- 62** Universität Hildesheim
- 63** Universität Hohenheim
- 64** Universität Kassel
- 65** Universität Koblenz-Landau
- 66** Universität Konstanz
- 67** Universität Leipzig
- 68** Universität Mannheim
- 69** Universität Osnabrück
- 70** Universität Paderborn
- 71** Universität Passau
- 72** Universität Potsdam
- 73** Universität Regensburg
- 74** Universität Rostock
- 75** Universität Siegen
- 76** Universität Stuttgart
- 77** Universität Trier
- 78** Universität Ulm
- 79** Universität zu Köln
- 80** Universität zu Lübeck
- 81** Westfälische Wilhelms-Universität Münster



Veranstaltungsvorschau 2015



AK Fortbildung:

www.uni-muenster.de/AGFortbildung

Termine werden auf der o. g. Homepage bekannt gegeben.

- Sicherheit auf dem Campus (in Kooperation mit dem AK Studentenwerke)
- Die Rolle der Personalentwicklung für die Internationalisierung (in Kooperation mit dem DAAD)
- Neue Konzepte für Lernräume an Hochschulen: real – virtuell – quantitativ – qualitativ

Verein zur Förderung des
deutschen & internationaler
Wissenschaftsrechts



Vereins zur Förderung des deutschen & internationalen Wissenschaftsrechts:

www.vfdiw.de

26./27. März 2015

- Auf dem Weg zu einem europäischen Wissenschaftsrecht?

18./19. Juni 2015

- Wissenschaftlicher Nachwuchs

5./6. November 2015

- Die Hochschul- und Fakultätsleitungen zwischen Professionalisierungsanspruch und Wahrung des Kollegialitätsprinzips



Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM)

www.zwm-speyer.de/jahrestagung

November 2015

- ZWM-Jahrestagung: strategische Entscheidungen zwischen Compliance und demokratischer Legitimierung